
Bericht über Reaktionen der DDR-Bevölkerung zum Treffen zwischen Willi Stoph und Willy Brandt in Erfurt

Als Willy Brandt am 19. März 1970 Erfurt besuchte, befürchtete die Staatssicherheit Unruhen unter den Bürgern. Diese Besorgnis teilte das MfS in einem Bericht der Partei- und Staatsführung mit.

Als sich am 19. März 1970 Bundeskanzler Willy Brandt und DDR-Ministerratsvorsitzender Willi Stoph in Erfurt begrüßten, trafen sich erstmals die Regierungschefs der beiden deutschen Staaten. Die Stasi bereitete sich schon längere Zeit auf das Treffen vor, wie der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke mit Befehl 12/70 angewiesen hatte. Der Codename lautete dabei "Konfrontation".

Das MfS befürchtete Unruhen unter den Bürgern, wenn deren hohen Erwartungen an das Treffen enttäuscht würden. Zwei Tage vor der Begegnung, am 17. März 1970, verfasste die "Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe" (ZAIG) des MfS einen Bericht an die engere Staats- und Parteiführung über Stimmungslage in der DDR. Mit Besorgnis war darin vermerkt, dass die "Orientierung nach westlichen Rundfunk- und Fernsehsendern" zunahm und "politisch-ideologische Unklarheiten einen verhältnismäßig großen Umfang" bestanden. Insbesondere beunruhigte das MfS, dass "Brandt [...] sogenannte menschliche Erleichterungen und Fragen der Familienzusammenführung behandeln" könnte.

Als Willy Brandt in Erfurt ankam, hatten sich bereits hunderte von Menschen eingefunden. Absperungen wurden durchbrochen und erste "Willy, Willy" Rufe waren zu hören. Auf dem Bahnhofsvorplatz und vor dem Hotel "Erfurter Hof" lief dann die Situation aus dem Ruder. MfS und Volkspolizei konnten nicht verhindern, dass neben den ausgesuchten und als "zuverlässig" eingestuften Personen, auch andere, "normale" DDR-Bürger auf den Platz vor dem "Erfurter Hof" gelangten.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 1799, Bl. 1-11

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- Datum: 17.3.1970
und Informationsgruppe, Sekretariat Zustand: Leichte mechanische
Schäden

Bericht über Reaktionen der DDR-Bevölkerung zum Treffen zwischen Willi Stoph und Willy Brandt in Erfurt

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

BSU
000001

Berlin, den 17. März 1970

14. Blatt
13. Exemplar

Nr. 294 a, 70

1. Nibbe ✓
2. Hübner ✓
3. Slo ✓
4. Hübner ✓
5. Lamb ✓
6. Bea ✓
7. Wolf ✓
8. Schür ✓
9. Schütz ✓
10. E-Stab Erfurt ✓
11. E-Stab " ✓
12. Schorm ✓
13. Gbl ✓
14. Pp ✓
15. Maiba "Konfront." ✓
16. Min ✓

INFORMATION

über

die Reaktion der Bevölkerung der DDR zum bevorstehenden Treffen
Stoph - Brandt in Erfurt

Der von der DDR der BRD unterbreitete Vertragsentwurf und der sich auf dieser Basis vollzogene Briefwechsel mit dem Bonner Bundespräsidenten Heinemann und dem Bonner Bundeskanzler Brandt bildeten in den letzten Wochen eine wesentliche Grundlage der politisch-ideologischen Arbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen.

Nach Veröffentlichung der Übereinkunft und Bekanntwerden von Einzelheiten zum bevorstehenden Treffen Stoph - Brandt in Erfurt setzte in allen Schichten der Bevölkerung der DDR eine rege und interessierte Diskussion ein. der Umfang der Diskussionen zum Treffen Stoph - Brandt ist gegenwärtig größer als zu Problemen der Wahlvorbereitungen.

Der überwiegende Teil der Bezirke schätzt ein, daß das Treffen in Erfurt gegenwärtig im Mittelpunkt aller politischen Diskussionen steht.

383 700 9.0

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 1799, Bl. 1-11

Blatt 1

Bericht über Reaktionen der DDR-Bevölkerung zum Treffen zwischen Willi Stoph und Willy Brandt in Erfurt

- 2 -

BStU
000002

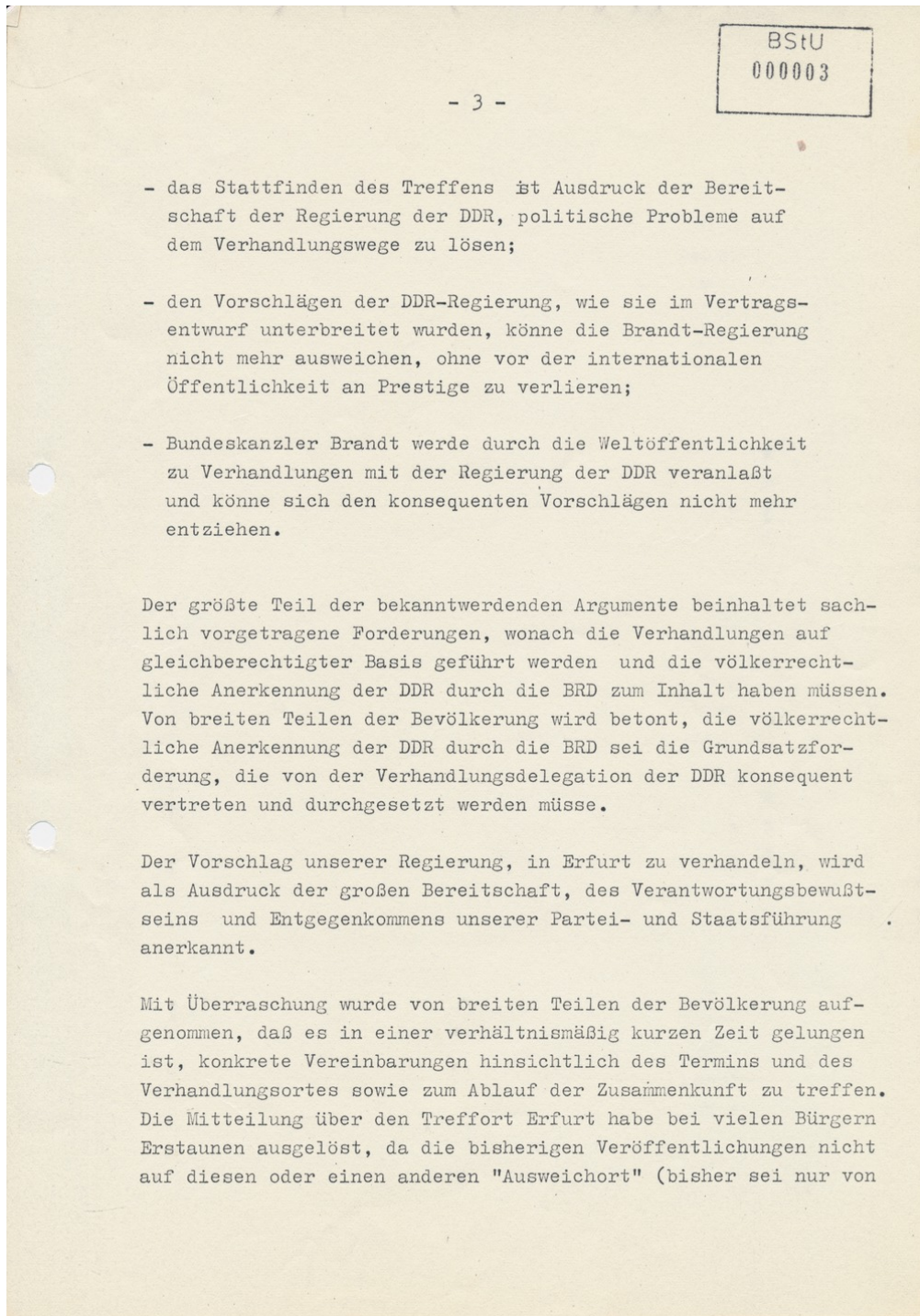
Der weitaus größte Teil der bekanntgewordenen Stellungnahmen beinhaltet zustimmende Äußerungen zum Vorgehen und zur grundsätzlichen Haltung der Regierung der DDR.

Von breiten Bevölkerungskreisen wird die Initiative des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und der Regierung der DDR zur Aufnahme gleichberechtigter völkerrechtlicher Beziehungen zwischen der DDR und der BRD begrüßt und unterstützt. Hervorgehoben wird, daß die Bonner Regierung durch die Vorschläge der DDR herausgefordert werde, zur Grundfrage der Gegenwart Stellung zu nehmen. Der Zeitpunkt und der Inhalt der Vorschläge der DDR seien richtig gewählt. Die Forderung der DDR nach völkerrechtlicher Anerkennung wird als eine dem gegenwärtigen Entwicklungsstand entsprechende Notwendigkeit betrachtet, die maßgeblichen Einfluß auf die Sicherung des Friedens in Europa ausüben werde. Vor der internationalen Öffentlichkeit sei damit erneut demonstriert worden, daß die DDR gegenüber Westdeutschland in der Offensive bleibe.

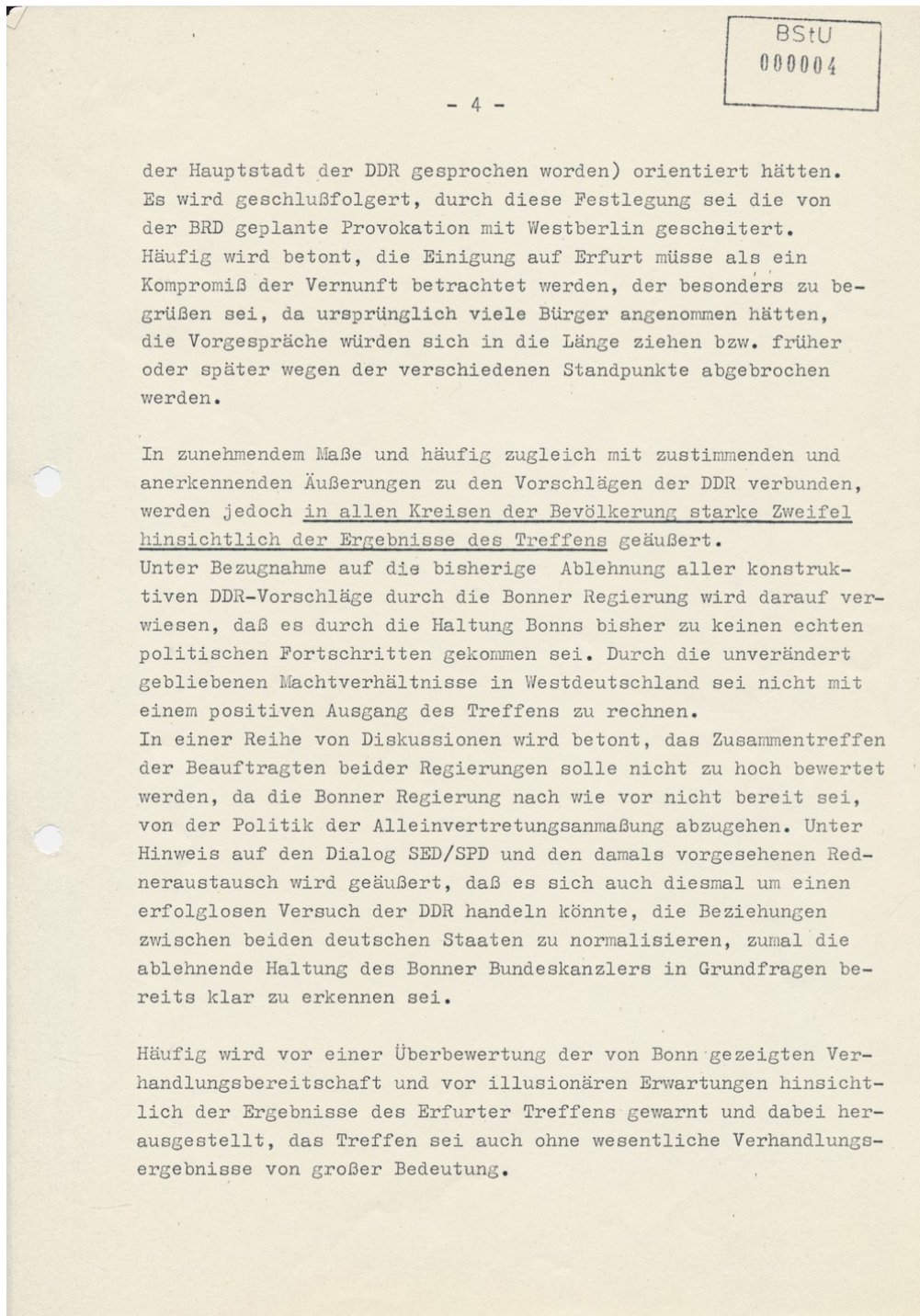
Aus einer Reihe von Berichten geht in diesem Zusammenhang hervor, daß das Auftreten des Genossen Walter Ulbricht auf der internationalen Pressekonferenz, seine prinzipielle, konsequente Haltung und fundierte Argumentation große Zustimmung bei interessierten Teilen der Bevölkerung gefunden habe. Seine Ausführungen hätten auch die Richtung für das Erfurter Treffen abgesteckt.

Im Vordergrund der Diskussionen eines großen Teils unserer Bürger stehen gegenwärtig weiter folgende Argumentationsrichtungen:

- die Übereinkunft über das Treffen ist ein Ausdruck des Bemühens der DDR um die europäische Sicherheit;
- das Zustandekommen des Treffens ist ein beachtlicher politischer Erfolg der DDR, der das gewachsene internationale Ansehen der DDR bestätigt;

Bericht über Reaktionen der DDR-Bevölkerung zum Treffen zwischen Willi Stoph und Willy Brandt in Erfurt

Bericht über Reaktionen der DDR-Bevölkerung zum Treffen zwischen Willi Stoph und Willy Brandt in Erfurt



Bericht über Reaktionen der DDR-Bevölkerung zum Treffen zwischen Willi Stoph und Willy Brandt in Erfurt

BSU
000005

- 5 -

Übereinstimmend wird eingeschätzt, daß das Informationsbedürfnis aller Schichten der Bevölkerung der DDR zum bevorstehenden Treffen in Erfurt außerordentlich stark gewachsen ist. Von bestimmten Teilen der Bevölkerung wird betont, diesem Informationsbedürfnis werde seitens der Kommunikationsmittel in der DDR nicht im vollen Umfange Rechnung getragen. (Offensichtlich geht es diesen Kreisen um Mitteilungen über Detailfragen des Protokolls.)

Gleichlaufend mit dieser Tendenz wird eine stärkere Zunahme der Orientierung nach westlichen Rundfunk- und Fernsehsendern festgestellt.

Politisch unklare und spekulative Meinungsäußerungen lassen häufig auch deutlich den Einfluß des Westrundfunks und -fernsehens erkennen. Zum Teil werden die gegnerischen "Argumente" direkt in den Gesprächen verwandt. Im Zusammenhang mit Einschätzungen über die möglichen Ergebnisse des Treffens wird dabei u. a. auf Äußerungen des westdeutschen Regierungssprechers Ahlers verwiesen, der davon ausgegangen sei, daß Fragen der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR nicht Gegenstand der Gespräche sein würden. Demzufolge könne auch nicht mit positiven Verhandlungsergebnissen gerechnet werden.

In anderen Gesprächen werden Fakten genannt, die in der DDR-Presse nicht in dieser Ausführlichkeit ausgewertet wurden (Empfang Scheels in Moskau, Verhandlungen von Duckwitz in Warschau, Empfang des sowjetischen Außenministers in der westdeutschen Botschaft u. a.).

Der gezeigte "Verhandlungswille der BRD" wird mehrfach auf Prestigefragen vor der internationalen und nationalen Öffentlichkeit zurückgeführt. Betont wird, Bundeskanzler Brandt wolle durch seine Verhandlungsbereitschaft eine Stärkung der SPD/FDP-Regierung erreichen und sich einen Weg für kommende Wahlen in der BRD ebnen.

In der Reaktion der Bevölkerung der DDR nehmen jedoch auch politisch-ideologische Unklarheiten einen verhältnismäßig großen Umfang ein.

Bericht über Reaktionen der DDR-Bevölkerung zum Treffen zwischen Willi Stoph und Willy Brandt in Erfurt

BStU
000006

- 6 -

Sie resultieren vor allem aus einer falschen Beurteilung bzw. Nichterkennung der Aggressivität des westdeutschen Imperialismus sowie aus dem Nichtverständnis der gegenwärtigen politischen Lage und der Deutschlandpolitik der DDR. In den meisten Fällen werden sie durch das Abhören westlicher Sender offensichtlich noch vergrößert.

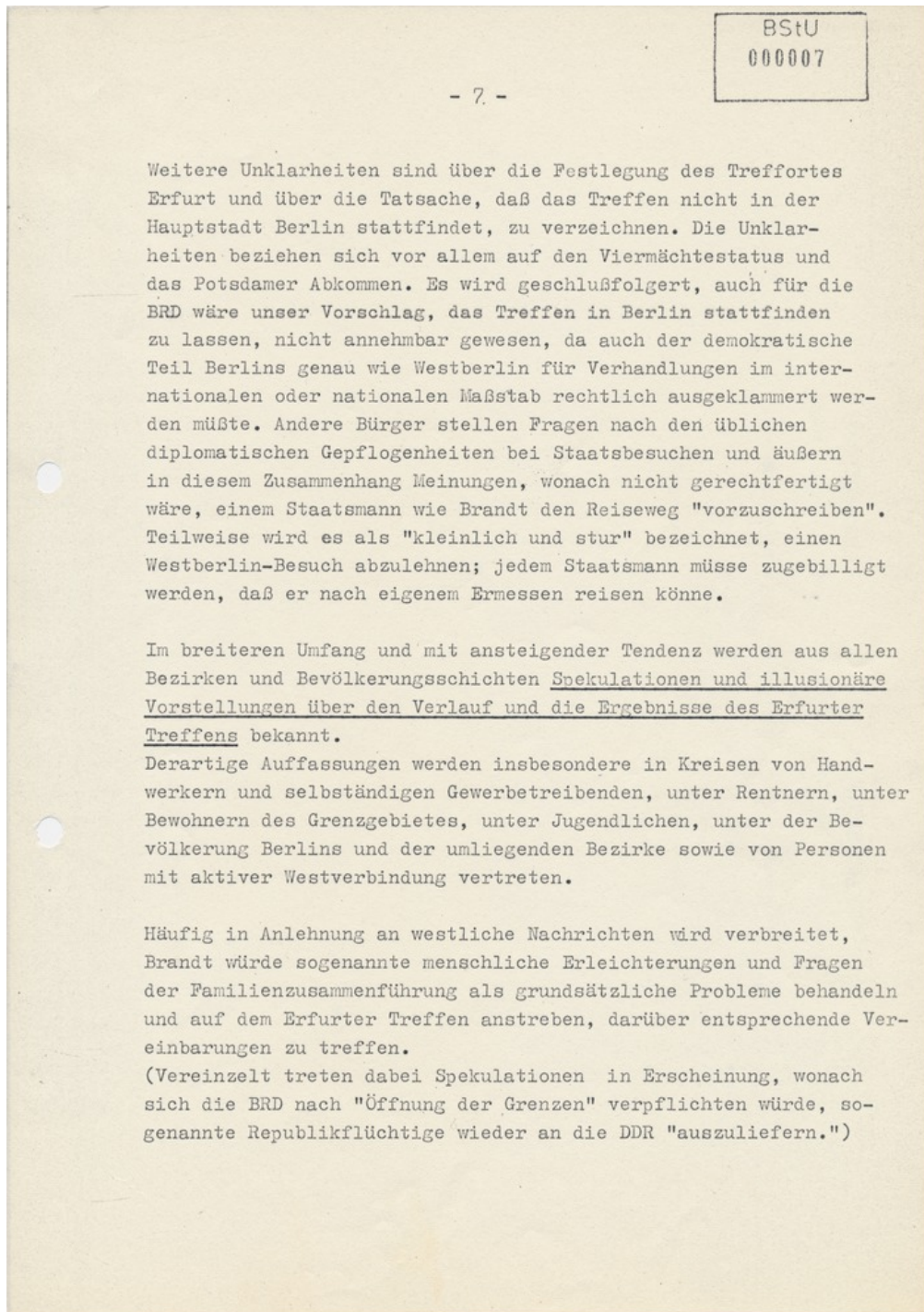
So wird Unverständnis über das Beharren der DDR-Regierung auf der Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung geäußert. Es wäre angeblich richtiger, zunächst von dieser Position zurückzuweichen, um die "Verhandlungsbereitschaft der BRD" nicht zu schmälern und in Zukunft auszuweiten.

Mit den Vorschlägen auf völkerrechtliche Anerkennung sei die SPD überfordert. Es wäre wichtiger, zunächst Einigung über untergeordnete Fragen, wie über "Erleichterungen in den menschlichen Beziehungen", über Erweiterung der kommerziellen Beziehungen u. a., zu erzielen. Der Abschluß eines Vertrages, wie ihn die DDR vorgeschlagen habe, müsse am Ende der Verhandlungen stehen und nicht zur "Vorbedingung" gemacht werden. Nur wenn beide Seiten von ihren Grundsätzen "Abstriche" vornehmen würden, könne es zu einer Einigung kommen.

Andere Bürger äußern die Ansicht, ein Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zwischen der SU und der BRD wäre ausreichend und gelte dann auch gleichzeitig für die DDR. Gleichzeitig wird geäußert, es sei gleichgültig, ob es im Ergebnis der Vorschläge zu einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR komme oder nicht; hauptsächlich es werde verhandelt, denn so lange verhandelt würde, käme es zu keinem Krieg.

Außerdem werden Argumente angeführt, die DDR solle bei den Verhandlungen mehr Entgegenkommen und Kompromißbereitschaft zeigen. Der Bonner Bundeskanzler habe Bereitschaft zu Verhandlungen bekundet und die DDR müsse Brandts Stellung gegenüber der Opposition berücksichtigen.

Bericht über Reaktionen der DDR-Bevölkerung zum Treffen zwischen Willi Stoph und Willy Brandt in Erfurt



Bericht über Reaktionen der DDR-Bevölkerung zum Treffen zwischen Willi Stoph und Willy Brandt in Erfurt

BStU
000008

- 8 -

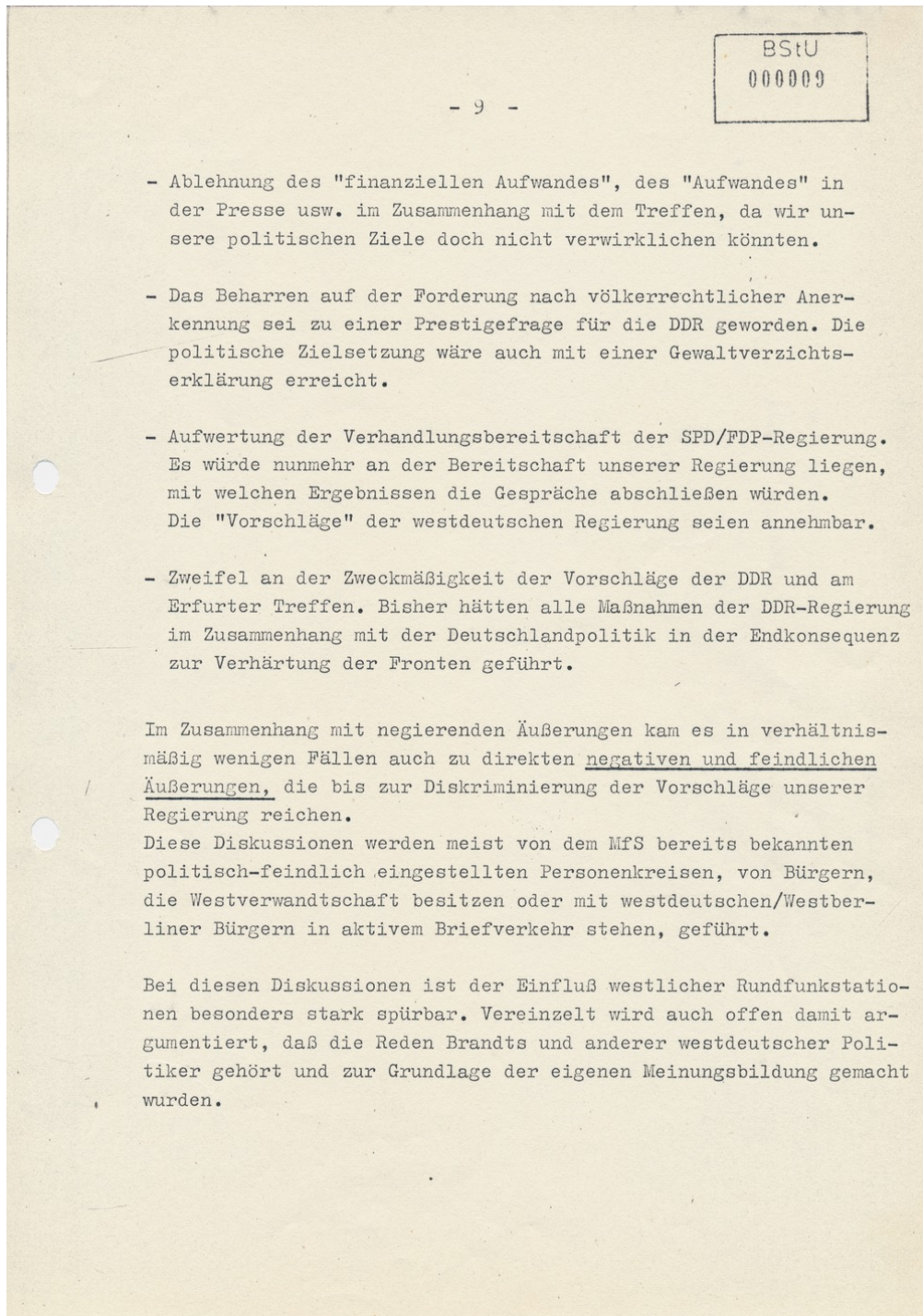
Die Spekulationen und Erwartungen erstrecken sich besonders auf

- "Erleichterungen" im Reiseverkehr zwischen der DDR und Westdeutschland, in der Grenzabfertigung und in den Zollbestimmungen,
- "Erleichterungen" im Besucherverkehr DDR - Westberlin; Abschluß eines neuen Passierscheinabkommens, das bereits Ostern 1970 wirksam werden könnte,
- Aufhebung der Sicherungsmaßnahmen an der Staatsgrenze,
- umfassender Zeitungsaustausch,
- Erweiterung des "innerdeutschen" Handels; teilweise auch Erweiterung der Beziehungen auf sportlichem und kulturellem Gebiet,
- "Liberalisierungsmaßnahmen" auf anderen Gebieten,
- die weitere Annäherung beider Staaten, bis zur Wiedervereinigung Deutschlands.

Abwertende und negierende Äußerungen, die im Vergleich zu den positiven Stellungnahmen einen geringen Umfang aufweisen, sind offensichtlich meist auf von Westsendern verbreitete "Argumente" zurückzuführen. Sie beinhalten folgende Tendenzen:

- Zweifel an der ehrlichen Absicht der DDR an ernsthaften Verhandlungen mit dem Bonner Bundeskanzler. Dabei wird die Initiative der DDR zu Verhandlungen mit der westdeutschen Regierung als ein "propagandistischer Schachzug" gewertet, um die DDR in der Weltpolitik mehr "ins Spiel" zu bringen.

Bericht über Reaktionen der DDR-Bevölkerung zum Treffen zwischen Willi Stoph und Willy Brandt in Erfurt



Bericht über Reaktionen der DDR-Bevölkerung zum Treffen zwischen Willi Stoph und Willy Brandt in Erfurt

- 10 -

BStU
000010

Der größte Teil dieser "Argumente" beinhaltet eine Parteinahme für den Bundeskanzler Brandt, eine Aufwertung seiner Person und seiner Autorität bei gleichzeitiger Diffamierung der Staats- und Parteiführung der DDR.

Dabei werden gleichzeitig Alleinvertretungsanspruch und weitere politische Grundsätze der Bonner Staatsführung gebilligt. Brandt wird als ein fähiger Politiker und Taktiker charakterisiert, der in der Gesprächsführung mit Vertretern der Regierung der DDR der Überlegene sein würde. Er habe die "stichhaltigeren Argumente", die er aufgrund seiner "sprachlichen Gewandtheit" geschickt ins Feld führen könne.

Andere Äußerungen beinhalten:

- Die DDR werde in der gegenwärtigen politischen Situation nicht wie nach dem Dialog SED/SPD die Gespräche ohne konkrete Ergebnisse abbrechen können, ohne dabei im internationalen Maßstab an Prestige zu verlieren.
- Die DDR sei zu einem Vertrag bzw. zu Verhandlungen mit Westdeutschland "gezwungen", da sie die wirtschaftliche Unterstützung Westdeutschlands benötige.
- Die DDR würde versuchen, die Erfurter Gespräche so schnell wie möglich zu beenden, da sie sich auf die konkreten Forderungen Brandts hinsichtlich sogenannter menschlicher Erleichterungen nicht einlassen könne.
- Die Erfurter Gespräche würden aufgrund der "starren Haltung" der DDR-Vertreter frühzeitig abgebrochen und nicht wieder aufgenommen werden.
- In Erfurt würden jetzt - nach Leipzig - die Schaufenster "vollgepackt", um der internationalen Öffentlichkeit zu zeigen, welches "Wirtschaftswunder" in der DDR vollbracht worden sei.

Bericht über Reaktionen der DDR-Bevölkerung zum Treffen zwischen Willi Stoph und Willy Brandt in Erfurt